

liefen, ergab sich die völlige Übereinstimmung der Ansichten beider Parteien in den behandelten Fragen.

Die Vertreter der Partei der Arbeit der Schweiz brachten ihre Anerkennung für die Erfolge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beim sozialistischen Aufbau, besonders in bezug auf die beständige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft, die beachtlichen Erfolge auf dem Gebiet der Wissenschaften, das steigende Lebensniveau der Werktätigen, ihre Mitarbeit im Prozeß der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und das rege geistige und kulturelle Leben, zum Ausdruck. Sie unterstützen die konsequente und konstruktive Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik im Herzen Europas.

Die Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands würdigt den unermüdlichen Kampf der Partei der Arbeit der Schweiz für die Verbesserung der Lage der Werktätigen im allgemeinen und ihrer Lebenshaltung im besonderen, die Anstrengungen der Partei für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes, für den Zusammenschluß aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Landes und für Abrüstung und Frieden.

Beide Parteien kämpfen entschieden gegen die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus und die den Frieden gefährdenden Machenschaften der NATO. Sie bekräftigen ihre unerschütterliche Solidarität mit dem heldenhaft um seine Freiheit kämpfenden vietnamesischen Volk.

In bezug auf die Entwicklung in Westdeutschland sind beide Parteien der Meinung, daß die Notstandsgesetze und die von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik forcierte Renazifizierung im Innern sowie die verschärfte Anwendung der revanchistischen Alleinvertretungsanmaßung nach außen eine ernsthafte Gefährdung für den Frieden und die Sicherheit in Europa sind. Die Verhinderung jeglicher Form der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik, die Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa, vor allem der Staatsgrenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen und zu den beiden deutschen Staaten sowie der Verzicht auf die aggressive Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung sind wesentliche Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und entsprechen den nationalen Interessen aller Völker in Europa.

Beide Parteien sind überzeugt, daß die Erklärung der Konferenz der